

Der NS-Rechtswahrerbund in Lippe

Alle mit dem Recht verwurzelten Berufsstände und Amtsträger werden daher in der Front des Deutschen Rechtes des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen als Standesgruppe in den kommenden ständischen Aufbau überführt werden können. Ihre Ihnen diesbezüglich erteilten Vollmachten bestätige ich Ihnen hiermit vollinhaltlich.

Glückwunschschreiben Adolf Hitlers an den BNSDJ (=NSRB) vom 30.03.1933¹

Funktion des NSRB im Normen- und Maßnahmestaat

Der „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ (BNSDJ), der nach 1936 in „Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund“ umbenannt wurde, wurde nach dem Aufruf Adolf Hitlers vom 11. Oktober 1928 im Reich begründet. In einem Rundschreiben des Gauorganisationsleiters Westfalen-Nord vom 17.2.1938 wurde der 'Bund' im zehnten Jahr seines Bestehens, anlässlich des 'Tages des Deutschen Rechts', als „ältester angeschlossener Verband der NSDAP“ bezeichnet.² Diese berufsständische Organisation war im wesentlichen an der Beseitigung des föderativen Staatsaufbaues und an der Errichtung eines zentralisierten Einheitsstaates beteiligt, so daß mit der Machtergreifung die politische Voraussetzung für eine Übernahme und Vereinheitlichung der Justiz auf staatlichem Sektor erfolgen konnte. Ideologische und organisatorische Gleichschaltung der Justizangehörigen im Sinne der nationalsozialistischen Idee war somit vorrangige Aufgabe des 'Bundes'.

Die Äußerungen Hitlers zur rechtlichen Umgestaltung in 'Mein Kampf' sowie im NSDAP-Programm waren höchst unbestimmt.³ Über ein vages Bekenntnis zu einer starken Zentralgewalt des Reiches und zum System von „Stände- und Berufskammern“ zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze sind sie allerdings nicht hinausgekommen. Verschleierte Begriffe aus dem Urprogramm der NSDAP wie Zentralgewalt oder Verwirklichung der Einheit des Reiches hatten – ihrer Bedeutung nach – keineswegs eine Stärkung der Reichsverwaltung zum Ziel. Diese Begriffe dienten nur als Tarnformel für die Gleichschaltung nach dem Maßstabe der NSDAP: Zielsetzung war also nicht die Stärkung, sondern die Schwächung der staatlichen Verwaltung.⁴

Die Reichsverwaltung unter der Ägide der traditionellen Eliten hat diesen Mechanismus nicht erkannt. Infolgedessen haben viele ihrer Maßnahmen zur

Gleichschaltung und zu ihrer eigenen – späteren – Ausschaltung beigetragen. Zu diesem Zweck wurde der Führer des BNSDJ und Leiter der Rechtsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Rechtsanwalt Dr. Hans Frank II, am 22. April 1933 zum „Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung“ eingesetzt. Dem neu ernannten Reichskommissar gelang es – binnen eines Jahres – die selbständigen Berufsverbände und Standesvereinigungen der Juristen aufzulösen bzw. zum korporativen Übertritt zum BNSDJ zu zwingen. Die Richter- und Anwaltsvereinigungen traten dem BNSDJ zunächst korporativ bei, wurden aber bis Ende 1934 – unter Überführung ihrer Mitglieder in den BNSDJ – aufgelöst. Gleichzeitig baute der 'Reichsrechtsführer' den BNSDJ als einen der NSDAP angeschlossenen Verband zur Standesorganisation aller Juristen aus. Fungierte der 'Bund' bis 1933 nur als Rechtsschutzorganisation für Parteimitglieder, so wurde er nach der Machtergreifung – unter dem Symbol von Reichsadler und Richtschwert – zum Instrument der Gleichschaltung aller Berufsverbände im Bereich der Rechtspflege.

Nach der Zerschlagung der Selbstverwaltungskörperschaften galt es, den Zugriff der Ausnahmegewalten der NSDAP und ihrer Standesorganisationen auf den Staat, der von ihr personell durchsetzt und geschwächt werden sollte, zu erweitern und alle dezentralen Verwaltungskörper, die potentiell dem hätten widerstehen können, auszuschalten. Durch Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der 'traditionellen Instanzen' einerseits, aber andererseits durch Stärkung der Ausnahmegewalten entstand das staatspolitische Phänomen der 'Doppelherrschaft'.⁵

Das Erklärungsmodell vom konkurrierenden Nebeneinander von Normen- und Maßnahmestaat ist auf Ernst Fraenkel zurückzuführen. Unter 'Normenstaat' ist das traditionelle Regierungssystem zu verstehen, das mit weitergehenden Herrschaftsbefugnissen zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung ausgestattet ist, d.h. das System wird aufgrund von Gesetzen, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakten der Exekutive normativ tätig. Überall dort, wo die ratio der Macht dieses erfordert, bleibt der 'Normenstaat' erhalten. Diese Funktion des 'Normenstaats' galt im sog. 'Dritten Reich' überall dort, wo das traditionelle Wirtschaftssystem formell rationaler Regeln bedurfte, als Garant der Berechenbarkeit der Folgen seiner Entscheidungen. Stand die Justizförmigkeit staatlichen Handelns der Machtentfaltung der Diktatur im Wege, wurde sie der unbedingten Zweckrationalität des 'Maßnahmestaates' untergeordnet. Unter 'Maßnahmestaat' ist in diesem Zusammenhang das Herrschaftssystem der unbeschränkten Willkür und Gewalt zu verstehen, das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt ist.

Organisation und Neugliederung des NSRB im Gau Westfalen-Nord

In welchem Zeitraum der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ), der organisatorische Vorläufer des NS-Rechtswahrerbundes, in Lippe gegründet wurde, läßt sich nicht feststellen.⁶ Jedoch kann das Staatsarchiv Detmold auf einen Aktenbestand von 31 Bänden verweisen, die über Mitgliederstruktur, Neugliederung, Briefwechsel, Vereinsleben, Monatspflichtversammlungen, Reichsrechtstagungen und Sonderveranstaltungen Auskunft geben. Insbesondere anhand der Personalakte des Kreisgruppenführers Dr. Heinrich Oppermann läßt sich der Aufstieg eines sehr wichtigen Funktionsträgers dieser Region exemplarisch nachzeichnen. Als wichtige Ergänzung zur Personalakte konnten von einem Zeitzeugen die persönlichen Unterlagen der Witwe Heinrich Oppermanns beigebracht werden. Diese Unterlagen enthalten eidesstattliche Erklärungen, die ein besonderes Licht auf das Entnazifizierungsverfahren werfen (vgl. unten). Die vorgelegte Arbeit kann im Rahmen einer Aufsatzreihe nur schlaglichtartig das umfangreiche Vereinsleben des NSRB beleuchten.⁷

Der BNSDJ unterstand im Jahre 1933 dem Bezirksführer Rechtsanwalt Dr. Roempler aus Bückeburg. Der ursprüngliche Bezirk umfaßte die Regionen Lippe, Schaumburg-Lippe und die Grafschaft Schaumburg. Auch nachdem Lippe zum selbständigen Bezirk unter der Führung des neuen Bezirkobmanns Dr. Oppermann wurde, blieb die Region zunächst noch dem Gau Celle und Braunschweig unterstellt.



Am 1. Juni 1933 gründete der Reichsrechtsführer Dr. Frank die 'Deutsche Rechtsfront', ein Gebilde politischen Charakters ohne eigene Rechtspersönlichkeit, deren organisatorischer Träger der BNSDJ war.⁸ In der Folgezeit wurden alle Berufssparten, die im weitesten Sinne mit den klassischen Rechtsberufen in Verbindung standen, organisatorisch zusammengefaßt. Folglich gehörten der 'Rechtsfront' – neben dem BNSDJ als Standesorganisation – auch die gleichgeschalteten Berufsverbände der Gerichtsvollzieher, Zwangsverwalter, Gerichtsvollzieher, Friedensrichter, Sachverständigen, Buchprüfer etc. an. Reichsjustizkommissar Frank sprach in seiner Rede zur Gründung der 'Front

des Deutschen Rechts' am 1. Juni 1933 von der „Sammeltätigkeit des menschlichen Materials der deutschen Juristen.“⁹

Noch vor der Neugliederung des BNSDJ, der alsbald in 'NS-Rechtswahrerbund' umbenannt wurde, erfolgte die Angliederung an den Gau Westfalen-Nord. Gemäß der Anordnung Nr. 3/37 des Reichsrechtsführers Frank wurden im Zuge der Angleichung an die Organisation der Partei die Ortsgruppen und Bezirke des BNSDJ aufgelöst.¹⁰ Anstelle der bisherigen Bezirke und Ortsgruppen entstanden mit Wirkung vom 15.7.1937 Kreisgruppen, die grundsätzlich mit den Gebieten der jeweiligen Parteikreise übereinstimmten.¹¹ Der Gauorganisationsleiter der NSDAP legte im Einvernehmen mit den zuständigen politischen Kreisleitern die neuen Kreise fest. Nach Genehmigung der Reichsführung des NSRB wurden im Gau Westfalen-Nord 25 Kreisgruppen bzw. Kreisabschnitte neu gebildet.¹² Die neun Ortsgruppen: Detmold, Lage, Blomberg, Horn, Lemgo, Bad Salzuflen, Hohenhausen, Alverdissen und Oerlinghausen wurden aufgelöst. Den Amtsgerichtsbezirken wurden sog. Vertrauensleute zugewiesen.

Die Neugliederung des Bezirkes Lippe im Gau Westfalen-Nord

Wie bereits erwähnt, unterstand der Bezirk Lippe, Schaumburg-Lippe und die Grafschaft Schaumburg zunächst dem Bezirksführer Rechtsanwalt Dr. Roempler. Unter Führung von Dr. Heinrich Oppermann wurde Lippe 1934 selbständiger Bezirk, der allerdings noch dem Gau Celle und Braunschweig unterstellt war. Durch die Übernahme dieses Bezirkes durch die Gauleitung Westfalen-Nord (Münster) im Jahre 1937 drohte Lippe eine Auflösung bzw. Aufteilung des Landes. Vehement wehrte sich der Bezirksführer gegen die Pläne, den Bezirk aufzuteilen.¹³ Unter Leitung des Gaurechtsamtsleiters und Gauführers des NSRB, Dr. Fleiter, wurde in Münster die wohl entscheidende Bezirksführerversammlung am 3.4.1937 abgehalten. Die für die Neuaufteilung der Kreise wichtige Sitzung fand allerdings ohne den Bezirksobmann Oppermann und auch ohne dessen Vertreter Assessor Heine statt. Im Protokoll der Bezirksführerversammlung hieß es lapidar: „Der Bezirksführer Lippes konnte wegen dringender Dienstgeschäfte nicht teilnehmen.“ Tatsächlich wurde diese wichtige Sitzung mehrmals verschoben und der Bezirksführer zu spät unterrichtet.¹⁴ Allerdings hatte Oppermann bereits am 9.3.1937 in einer „vorläufigen Stellungnahme“ seinen Standpunkt erläutert:

Angesichts der Kleinheit der hiesigen Verhältnisse halte ich die Aufteilung in Kreise für unzweckmäßig. Diese möchte allenfalls noch zu rechtfertigen sein, wenn die Mitglieder in ein bis zwei Städten wohnhaft wären. In Wahrheit sind sie auf neun Ortschaften des Bezirkes verteilt, an denen Amtsgerichte bestehen, letztere sind über das ganze Land verstreut. Es macht schon Schwierigkeiten für die Bezirksver-

anstaltungen die nötigen Besucher zusammenzubringen. Je kleiner die Einheit wird, um so mehr vergrößern sich die Schwierigkeiten; darunter leidet zur Zeit auch die Arbeit in den einzelnen Ortsgruppen. So sehr ich es persönlich begrüßen würde, wenn ich der Arbeit des Bezirksführers enthoben würde, glaube ich sachlich die Zerschlagung des Bezirkes nicht befürworten zu dürfen.¹⁵

Außerdem führte der Bezirksführer an, daß es in den Jahren 1933/34 bereits Bestrebungen zu einer Zusammenlegung mit der Grafschaft Schaumburg und Schaumburg-Lippe gegeben habe. Davon sei man aber abgekommen und habe die „alt hergebrachte Einteilung bzw. Herausstellung des Landes Lippe bestehen lassen.“¹⁶ Der Bezirksführer suchte daraufhin die Gaugeschäftsstelle in Münster auf, um seinen Standpunkt noch einmal mit Nachdruck zu vertreten. Dr. Oppermann setzte sich in fast allen Punkten durch. Zwar wurde der Bezirk Lippe – dem Neugliederungssystem entsprechend – in zwei Kreisabschnitte unterteilt; Oppermann wurden aber – als Kreisgruppenführer – die beiden Kreisabschnitte Detmold und Lemgo unterstellt.¹⁷ Zudem übernahm er – in Personalunion – das Parteiamt des Kreisrechtsamtsleiters für den Kreis Detmold.

Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der der Kreisobmann des NSRB den Erhalt des Bezirkes Lippe erstritt, sollte sich Oppermann noch häufiger gegen die Entscheidungen seiner Vorgesetzten zur Wehr setzen. Als die Berliner Stellen das Ansinnen hegten, lippische Sondervermögen in „Reichseigentum zu überführen“ bzw. lippische Beamtenkassen zu plündern, trat ihnen der lippische Oberregierungsrat entschlossen entgegen.¹⁸ Auch den Vorstellungen des Reichsführers SS Heinrich Himmler, das nicht unerhebliche Vermögen der ‘Hermannsdenkmal-Stiftung’ auf die Organisation ‘Ahnenerbe’ (Externsteinstiftung) zu übertragen, vereitelte der Kuratoriumsvorsitzende Oppermann. Dieses entschlossene Verhalten wurde ihm an höherer Stelle nie verziehen und führte letztendlich zu seiner völligen politischen Kaltstellung vor dem Kriege.¹⁹

Biographie und Aufstieg des Dr. Heinrich Oppermann

Als Heinrich Oppermann 1934 das Amt des Bezirksführers von Rechtsanwalt Dr. Roempler übernahm, trat in Lippe ein Funktionsträger an die Spitze des Verbandes, der das Umfeld seiner Obleute dominierte und auch sehr schnell Anerkennung bei seinen Vorgesetzten fand. Seine berufliche Position im Regierungspräsidium, die Funktionen als Rechtsamtsleiter der Partei und als Bezirksführer (später: Kreisgruppenführer) des NSRB, das Geflecht von zahllosen Mitgliedschaften in anderen NS-Organisationen, begründeten seine unangefochtene Stellung im Verband. Die Ortsgruppenleiter des BNSDJ, die nach der Neugliederung zu ‘Vertrauensleuten’ herabgestuft wurden, wirkten im Gefüge des Juristenbundes eher wie Kulissenfiguren des Systems und traten allenfalls

als willige Befehlsempfänger auf. So stellt sich die Frage, wie Heinrich Oppermann, der weder aus Lippe stammte, geschweige denn einer Honoratiorenfamilie angehörte, diese entscheidende Machtstellung im juristischen Vereinsleben besetzen konnte.

Halten wir uns die Biographie des Heinrich Oppermann vor Augen, so stehen bei jedem Abschnitt seines Lebens folgende Eigenschaften hervor: sein Fleiß, sein Ehrgeiz, seine Standhaftigkeit und sein Durchsetzungsvermögen. Diese ambivalenten Charaktereigenschaften prägten seinen steten Aufstieg, aber auch seinen Fall, nachdem er bei einigen Paladinen des Systems in Ungnade gefallen war.

Er gehörte zu der jungen Generation, die desillusioniert nach einem barbarischen Krieg in die zivile Wirklichkeit der ersten deutschen Republik entlassen wurde. Der 22jährige Leutnant d.R. und Ritterkreuzträger, der kleinbürgerlichen Verhältnissen entstammte, faßte aber schnell Tritt und absolvierte, nach einem kurzen Intermezzo als Philologiestudent, durch eine Energieleistung in sechs Semestern sein 1. juristisches Examen. Biographische Parallelen finden wir übrigens bei dem fünf Jahre älteren Ernst Krappe, der zu Beginn der nationalsozialistischen Machtergreifung im lippischen Landespräsidium für kurze Zeit eine gewichtige Rolle spielte.²⁰ Während Ernst Krappe bereits in seiner Dissertation 1920 in Breslau darüber sinnierte, wie man eine parlamentarisch orientierte Verfassung durch Notstandsverordnungen außer Kraft setzt, bereitete sich der 24jährige Oppermann – nach Absolvierung seines Referendarexamens – auf den Eintritt in den Staatsdienst vor.²¹ Während seiner Referendarsausbildung (1921–1924) und während seiner Assessorentätigkeit bei Gericht (1924–1926) wurde der spätere Fachgruppenleiter des NSRB und Dozent für Verwaltungsrecht an der Gemeindeverwaltungsschule Minden-Ravensberg allerdings selten in seinem Fachgebiet eingesetzt.

Bereits während der Referendарzeit fiel der junge Jurist seinen Vorgesetzten dadurch auf, daß er „die ihm übertragenen Arbeiten durchweg mit lobenswertem Fleiß, Eifer und Sorgfalt angefertigt“ hatte.²² So bescheinigt ihm der Oberstaatsanwalt in einer abschließenden Beurteilung eine umfangreiche Kenntnis der Akten. Deshalb seien seine Arbeiten genügend (= voll befriedigend) „in Anordnung und Form“ und „mit geringen Ausnahmen auch bei Gericht verwertbar.“ Bei seiner Bewerbung am Amtsgericht in Osterode (Harz) wurde er in der Beurteilung an dritter Stelle genannt. Aufgrund seiner Leistung wurde dem jungen Referendar – durch Verfügung des Preußischen Justizministers – in schwerer Zeit „bis zur Ablegung der Staatsprüfung ein Unterhaltszuschuß“ gewährt.²³ Im Jahre 1924 bestand der inzwischen an der Universität Göttingen promovierte Heinrich Oppermann die große Staatsprüfung (Assessorexamen) mit der Prädikatsnote 'voll befriedigend' und erfüllte somit – nach den damaligen Kriterien – die Voraussetzung für die Richteramtsbefähigung. Dennoch wurde er in den Jahren 1924 bis 1926 – wie viele Volljuristen – lediglich als

Gerichtsassessor ohne Dienstbezüge im preußischen Staatsdienst eingestellt. Um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können, wurde er bis zum März 1926 „zur Beschäftigung in Privatdienstverhältnissen“ beurlaubt.

Die Übernahme Oppermanns in den lippischen Justiz- und Staatsdienst

Erst im März 1926 wurde der fast 30 Jahre alte Jurist Heinrich Oppermann von seinem Dienstherrn, dem Landgerichtspräsidenten in Lüneburg, als „Hilfsrichter“ der Beschwerdeabteilung in Celle eingestellt. Offensichtlich fühlte er sich dort unterfordert. Die Lustlosigkeit des ehemals als „fleißig“ eingestufteten Juristen wirkte sich auch auf seine Beurteilung aus. So wurde ihm zwar in einer dienstlichen Beurteilung vom 1. März 1927 bescheinigt, „ausreichende und übersichtliche Tatbestände“ abgeliefert zu haben; gleichzeitig räumte der Verfasser jedoch ein, daß es sich bei den vorliegenden Akten keineswegs um schwierige Fälle gehandelt habe. In der Beurteilung heißt es weiter: „Das offensichtlich von einem Referendar entworfene Urteil läßt es an stilistischer Gewandtheit fehlen.“²⁴

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich der inzwischen verheiratete Vater eines schwerkranken Kindes um eine bessere Verdienstmöglichkeit bemühte. Wie es dazu kam, daß er sich – nach Vermittlung des Oberlandesgerichtspräsidenten in Celle – beim Lippischen Landespräsidium um die Übernahme in den lippischen Justizdienst bewarb, ist den Unterlagen nicht zu entnehmen. Daß er einer ungewissen Zukunft entgegensehen würde, war ihm durchaus bewußt, als er den Oberlandesgerichtspräsidenten um die Entlassung aus dem preußischen Staatsdienst bat. Sein Begehren „gegebenenfalls wieder in den Preußischen Staatsdienst aufgenommen zu werden“, wurde jedenfalls abschlägig beschieden.²⁵

Was das Lippische Landespräsidium dazu bewogen hat, den jungen Hilfsrichter aus Lüneburg zu berufen, ist ebenfalls unerfindlich. Die dienstliche Beurteilung des Oberlandesgerichtspräsidenten konnte nach den Richtlinien keineswegs als ausreichend angesehen werden. So ist es durchaus verständlich, daß die Ernennung des in Lippe völlig unbekannten Hilfsrichters zum Landgerichtsrat („mit unwiderruflicher Ruhegehaltsberechtigung“) nicht ohne Widerspruch im Richterverein blieb. Landgerichtsrat Dr. Ebert, der bis zu seiner Strafversetzung nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten selten ein Blatt vor den Mund nahm („Ich bin kein Nazi, ich habe selber eine Meinung“), machte seinem Ärger in einem Schreiben vom 26. März 1927 Luft:

Wir bedauern, daß das Landespräsidium einen auswärtigen Herrn zu berufen gedenkt [...]. Wir gestatten uns darauf hinzuweisen, daß es bisher allgemein üblich gewesen ist, einheimische Bewerber bei der Besetzung freier Beamtenstellen bevorzugt zu berücksichtigen, sofern sie nur sachlich geeignet waren.²⁶

Der Einwand des Richtervereins blieb ungehört. Dr. Oppermann wurde am 20.4.1927 als Landgerichtsrat beim Landgericht Detmold eingestellt. Er genoß in der Folgezeit das Wohlwollen seines unmittelbaren Vorgesetzten. Landgerichtspräsident Winkelsesser beurteilte Heinrich Oppermann nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten als einen „erfahrenen und kenntnisreichen Richter, [...] der mit großem Fleiß, ausgezeichnete Arbeitskraft und klarem Urteilsvermögen wissenschaftliche und praktische Befähigung verband.“²⁷ Der junge Landgerichtsrat widmete seine Tatkraft der Ausbildung des juristischen Nachwuchses, wie der Landesgerichtspräsident lobend erwähnte. „Daneben hat er sich als Leiter der Bücherei des Landgerichtes durch deren Neueinrichtung neben seiner starken richterlichen Inanspruchnahme verdient gemacht.“ Winkelsessers Ausführungen über seinen Protegé sind durchaus glaubwürdig, vergleicht man seine Beurteilungen mit anderen. Fast zwanghaft investierte Oppermann seine Tatkraft in neue Betätigungsfelder, die seinen Einfluß erhöhten, so daß man an höherer Stelle auf ihn aufmerksam wurde.

Winkelsessers Bemerkung: „[...] seine persönlichen Beziehungen zu seinen Berufsgenossen waren die besten“, war keineswegs eine hohle Phrase. Oppermann, der bereits seit dem 1. März 1932 Mitglied der NSDAP war und deshalb als „alter Kämpfer“ eingestuft wurde, war nicht der aus der „grauen Masse“ aufgestiegene Parvenü wie etwa der gefürchtete Kreisleiter Wedderwille. Ein Vergleich zwischen den beiden mächtigen – später lediglich als ‘Mitläufer’ eingestuft – Funktionsträgern verbietet sich schon aufgrund der charakterlichen Unterschiede: Wedderwille repräsentierte den nationalsozialistischen Emporkömmling ohne adäquate Ausbildung für gesellschaftliche Führungsrollen. Gleichzeitig vertrat er den Typus des überzeugten Antisemiten.²⁸ Der Synodale und überzeugte Christ Oppermann vertrat als deutschnationaler, (ehemals) preußischer Beamter den legalistischen Kurs seiner Partei, d.h. er wollte, wie der ehemalige NS-Landespräsident Dr. Ernst Krappe, den autoritär-diktatorischen NS-Staat durch rechtsstaatliche Prinzipien begrenzt sehen.²⁹ Oppermann und Wedderwille verband nur die multifunktionelle Machtstellung im polykratischen Machtsystem der NSDAP und seiner Staatsführung.

Oppermanns Karrieresprung

Die Ernennung Heinrich Oppermanns zum 1. Oberregierungsrat in der lipplischen Landesregierung muß dem neuen Amtsinhaber wie eine glückliche Fügung vorgekommen sein. Der wundersame Laufbahnwechsel Oppermanns war auch Prüfungsgegenstand des Versorgungsverfahrens der Witwe Oppermanns. Mit einer entsprechend ironischen Bemerkung reagierte die Detmolder Bezirksregierung auf das Begehren der Witwe im Jahre 1952: „Die Erlangung der Bezüge als Regierungsdirektor der Bes. Gr. A I b bzw. A I a liegt [...] nicht im

regelmäßigen Zuge der Laufbahn eines Richters. [...] Ein derartiger Wechsel der Laufbahn war allgemein nicht üblich und muß als außergewöhnlich angesehen werden.“³⁰ Dieser Laufbahnwechsel war erst durch die ‘Beurlaubung’ des 1. Oberregierungsrates Dr. Spelge möglich geworden. Offensichtlich war Staatsminister Riecke auf den 37jährigen Landesgerichtsrat aufmerksam geworden. Am 29. Mai 1933 teilte der Staatsminister Heinrich Oppermann mit, daß er ihm „im Einverständnis mit dem Herrn Landesgerichtspräsidenten [...] für die Dauer der Beurlaubung des Herrn 1. Oberregierungsrates Dr. Spelge [...] die Führung der Geschäfte der Abteilung 1 „übertrage.“³¹ Die endgültige Ernennung mit unwiderruflicher Ruhegehaltsberechtigung ließ nicht lange auf sich warten. Am 21. Juni 1933 erreichte den vorläufigen Amtsinhaber folgendes Schreiben:

In Ihrem Einverständnis werden Sie mit dem 30.6.33 aus dem Justizdienste entlassen. Sie werden mit Wirkung vom 1.7.1933 zum Oberregierungsrat ernannt; es wird Ihnen von diesem Zeitpunkt ab endgültig die Leitung der Abteilung I der Landesregierung übertragen [...] Es wird Ihnen zugesichert, daß Sie auf Wunsch wieder in den Justizdienst übernommen und in einer Richterstelle am Platze Detmold beschäftigt werden.

Der Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe³²

Die Machtbefugnisse und Ämterfülle des Heinrich Oppermann

Heinrich Oppermann hatte bei seinem Amtsantritt alles erreicht, was ihm im preußischen Staatsdienst verweigert worden war: Eine unkündbare Stellung mit Ruhestandsberechtigung, Sondervergütungen für seine Tätigkeiten in sog. Nebenämtern, eine nicht unerhebliche Reisekostenpauschale und eine zugesicherte Rückkehrmöglichkeit in den Justizdienst. In der Verfügung vom 27. Januar 1934 wurde für den ‘Frontkämpfer’ und Ritterkreuzträger des 1. Weltkrieges das Besoldungsdienstalter auf den 6.5.1922 neu festgelegt. Als bald erfolgte nach dem Besoldungsgesetz die Einstufung in die Gehaltsgruppe 1.

Welche Machtfülle dem neuen Amtsinhaber zuwuchs, läßt sich aus einem Aktenvermerk des Staatsministers vom 27. Januar 1934 entnehmen.³³ Demzufolge war die Bedeutung der Stelle durch die Beseitigung des Landespräsidiums und die Verlegung der Sachbearbeitung in die Abteilungen und in Anbetracht der zahlreichen Gesetzgebungsmaßnahmen noch wesentlich gestiegen. Der neue Stelleninhaber übernahm ebenfalls die Funktion als Leiter des Landeswohlfahrtsamtes, wurde Vorsitzender des Bezirksausschusses, des Verwaltungsrates der Landesbank, der Landesspar- und Leihkasse und der Landesbrandversicherungsanstalt. Die Ausübung von Nebenämtern (in Verwal-

tungs- und Aufsichtsratsämtern, im Kreisverwaltungsgericht und im Bezirksausschuß) werden in dem Aktenvermerk nur nebenbei erwähnt.

Durch Verfügung vom 16.2.35 wurden Oberregierungsrat Dr. Oppermann insbesondere folgende Gebiete zugewiesen: Die Personal- und Besoldungsangelegenheiten, das Polizeiwesen, der Luftschutz, Landesverteidigung und Reichswehrangelegenheiten. Die Zuweisung von Reichs-, Landes- und Gemeindeangelegenheiten (soweit nicht andere Abteilungen und Sachbearbeiter damit befaßt waren) und die Aufforderung zur Mitarbeit in Rechtsfragen aller Abteilungen lassen eher den Schluß zu, daß es sich hier um eine Generalvollmacht handelte, die der Amtsinhaber, je nach Arbeitsanfall, selbst ausweiten bzw. einschränken konnte.³⁴ Aufschlußreich ist auch die folgende Zuständigkeitszuweisung in dem bereits erwähnten Aktenvermerk des Staatsministers: „Dr. O. wird in weiterem Umfange mit der Erledigung der an den Staatsminister persönlich gerichteten Gesuche und mit der Bearbeitung von Parteiangelegenheiten betraut.“³⁵

Diese Kompetenzzuweisung an den neuen Amtsinhaber reflektiert die für das sog. 'Dritte Reich' so typische Verzahnung von Staats- und Parteiämtern. Folgerichtig übernahm der fleißige Jurist Oppermann in der Folgezeit eine Fülle von Parteiämtern. Gleichzeitig übernahm er Funktionen in Verbänden, die unter demokratischen Voraussetzungen ihre Tätigkeit nur in regierungsfernen Organisationsformen wahrnehmen (so z.B. das Rote Kreuz). Diese Ämterfülle, über die der Regierungsbeamte akribisch Buch führte, hätte wahrscheinlich selbst viele Parteigenossen verblüfft. Einem Schreiben aus Münster ist zu entnehmen, daß sogar die Gauführung – angesichts dieser Ämterhäufung – den Überblick verloren hatte. Eine von Oppermann daraufhin selbst verfaßte Liste seiner zahlreichen Tätigkeiten ist in seinen Unterlagen zu finden.³⁶ Demzufolge war Dr. Heinrich Oppermann:

Mitglied der NSDAP seit 1. März 1932
Mitglied des BNSDJ (NSRB) seit 1932
Mitglied der NS-Beamten-Abteilung seit 1932
Mitglied des Reichsbundes Deutscher Beamter (RDB)
Mitglied des Roten Kreuzes seit 1936
Mitglied der NSV seit 1933/34
Mitglied der NS-Kriegsgräberfürsorge
Mitglied des NS- Luftschutzbundes
Mitglied des Soldatenbundes e. V.

Folgende Ämter bekleidete Dr. Heinrich Oppermann in der NSDAP:

Block- und Zellenwart bis Mitte 1933
Beisitzer im Orts-USchla (Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß)
Leiter des Rechtsamtes der NSDAP des Kreises Detmold in *Personalunion* mit der Funktion als Kreisgruppenführer des NSRB (seit 1933)
Landeswart des Kameradschaftsbundes Deutscher Polizeibeamter seit 1933

Verbandsführer des Soldatenbundes e.V. seit 1935/36

Beisitzer des Kreisgerichtes des Kreises Lippe der NSDAP in Detmold seit dem 1.4.38

Nur wenige Ämter legte Dr. Oppermann bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges nieder. [s.o.] Gerade dieses verzweigte und undurchsichtige Geflecht von Ämtern und Funktionen war die Machtbasis seiner unumstrittenen Funktion als Kreisgruppenführer des NS-Rechtswahrerbundes. Es spricht für den Amtsinhaber, daß er – nach den Entnazifizierungsakten – keine weiteren persönlichen Vorteile aus dieser Machtfülle gezogen hat.

Der NSRB: Statistische Erhebungen der Kreisgruppe

Die Zeit der Neugliederung war für die Kreisgruppe Lippe auch eine Zeit der statistischen Erhebungen. Auf Veranlassung des Gauorganisationsleiters Wiemann führte der Bezirkspressewart Neubeck im November 1936 eine Erhebung über die Auflagenstärke der noch existenten Tagespresse durch, um die journalistischen Einflußmöglichkeiten in dem Verbreitungsgebiet der juristischen Standesorganisation auszuloten. Die Redaktionsbefragung ergab folgendes Ergebnis:³⁷

Zeitung	Erscheinungsort	Hauptschriftleiter	Auflage
Lipp. Staatszeitung	Detmold	August Prüssner	18400
Lipp. Post	Lemgo	Carl Wagener	2743
Lipp. Volkszeitung	Lage	Theobald Niestrath	1012
Lipp. Tageszeitung	Detmold	Georg Tischer	2142
Lipp. Allgem. Anzeiger	Bad Salzuflen	Heinrich Ueckermann	990
Lipp. Bergwarte	Blomberg	Hans Humboldt	704

Die wenig ermutigenden Auflagenzahlen vieler Zeitungen führte dazu, daß die wichtigsten Mitteilungen der Kreisführung und des Gaues hauptsächlich in der auflagenstarken „Lippischen Staatszeitung“ veröffentlicht wurden.

Die wichtigste Erhebung über die Mitgliederverteilung führte der Bezirksobmann im März 1937 selber durch. Der Mitgliederbestand von 166 Rechtswahrern in neun Ortsgruppen verteilte sich wie folgt:³⁸

Kreisgruppe Detmold	Mitglieder	Kreisgruppe Lemgo	Mitglieder
Detmold	100	Lemgo	13
Horn	6	Hohenhausen	3
Blomberg	8	Alverdissen	5
Lage	6	Bad Salzuflen	22
		Oerlinghausen	3
Kreisgruppe Detmold	120	Kreisgruppe Lemgo	46
Gesamtmitgliederanzahl:	166		

Die Mitgliederzahl schwankte in den dreißiger Jahren nur unwesentlich. Eine Überprüfung der in den Akten befindlichen Einladungen, Anwesenheitslisten etc. ergab, daß ein Mitgliederhöchstbestand von 171 Rechtswahrern erreicht wurde.³⁹ Eine wesentliche Unterschreitung des Mitgliederbestandes vom März 1937 bis zum Ausbruch des Krieges ist ebenfalls nicht feststellbar. Eine systematische Erfassung der Sterbegeldauszahlungen an die Mitglieder des NSRB ist in den vorhandenen Akten allerdings auch nicht vorhanden. Eine Anfrage der Reichsfrauenschaft ergab, daß im Kreis Lippe nur eine Juristin wohnhaft gewesen sei. Diese habe sich aber seit Jahren ins Privatleben zurückgezogen und ist auch im NSRB nicht in Erscheinung getreten.⁴⁰ Der Bezirksfachgruppenleiter 'Junge Rechtswahrer' unterrichtete im Januar 1937 die Gauverwaltung darüber, daß in Lippe lediglich fünf Referendare beschäftigt seien.⁴¹

Mitgliederstruktur , Vereinsleben und Akzeptanz der Mitglieder

Unter der Führung des Kreisgruppenleiters wurden mehrere *Fachgruppen* ins Leben gerufen, die unter der Aufsicht eines Fachgruppenleiters standen. Bezeichnenderweise wurden nach Aufhebung der Gewaltenteilung Richter und Staatsanwälte zu einer Fachgruppe zusammengefaßt. Weitere Fachgruppen bildeten: Rechtsanwälte, Rechtspfleger, Rechtswahrer der Verwaltung, Wirtschaftsrechtler und 'junge Rechtswahrer'. Die Fachgruppe 'Notare' entstand erst nach Berufung von fünf Notaren für den Raum Lippe. Heinrich Oppermann selbst übernahm die Funktion des Fachgruppenleiters 'Rechtswahrer der Verwaltung'. In dieser Funktion nahm er in den Jahren 1937/38 auch eine Dozententätigkeit an der Verwaltungsschule für Minden-Ravensberg (Zentrale in Bielefeld) in Lage wahr.⁴²

Oblag es dem Gaugeschäftsführer, die Versammlungspläne des nächsten Quartals vorzulegen und die 'Monatspflichtversammlungen' und Festlichkeiten vorzubereiten, so hatte der Bezirkspressewart des NSRB – in der Regel – die Aufgabe, die Protokolle der Monatspflichtversammlungen anzufertigen und der Gaugeschäftsstelle in Münster zu übermitteln. Diese wurden dann an die Reichsgeschäftsstelle weitergeleitet. Gleichzeitig hatte der Bezirkspressewart eine 'Pressekontrolle' in seinem Bezirk vorzunehmen, d.h. der Gauleitung über einschlägige Presseartikel zu berichten. Die Funktion des Bezirkspressewartes wurde in der Amtszeit Oppermanns bis zum Jahre 1939 von Regierungsassessor Neubeck wahrgenommen.⁴³

Anhand der vorhandenen Anwesenheitslisten der Bezirks- bzw. Monatspflichtversammlungen läßt sich ein ziemlich genaues Bild über die durchschnittliche Anwesenheitsstärke gewinnen. Obwohl es sich um Pflichtveranstaltungen handelte, waren selten mehr als 60 bis 65 % der Mitglieder anwesend. Im Protokoll vom Januar 1937 wurde die Bezirksversammlung als die am

„stärksten“ besuchte Veranstaltung bezeichnet.⁴⁴ Die Anwesenheit von 130 Personen täuscht jedoch darüber hinweg, daß viele Anwesende anderen nationalsozialistischen oder staatlichen Organisationen angehörten (so z.B. Vertreter der SA-Brigade, der SS-Standarte, der Kreisleitung des RDB und Mitglieder der Ortsgruppe Lemgo und des Kameradschaftsbundes Deutscher Polizeibeamter). Zu vielen Sitzungen erschienen auch Vertreter der Wehrmacht.

An der Monatspflichtversammlung vom 2. März 1938 nahmen, bei einer „karteimäßigen“ Mitgliederzahl von 171 Rechtswahrern, nur 72 eingeschriebene Mitglieder teil; lediglich 34 Mitglieder hatten sich beim Bezirksobmann entschuldigen lassen.⁴⁵ Grundsätzlich hatten die Mitglieder natürlich die Möglichkeit, sich schriftlich oder fernmündlich beim Kreisgruppenführer zu entschuldigen. Die Überprüfung der Stichhaltigkeit dieser Entschuldigungen wurde vom Bezirksführer im Einzelfall ‘locker’ gehandhabt. Dagegen wurde häufiges Fernbleiben der ‘Berufskameraden’ bei Beurteilungen von Oppermann durchaus vermerkt. Daß der Kreisobmann Streitigkeiten mit NS-Größen selten aus dem Weg ging, mußte auch der ‘säumige’ Detmolder Bürgermeister Keller erkennen, als Oppermann ihn wegen seiner häufigen Abwesenheit rügte und daran zweifelte, ob Keller ein „nützliches Mitglied“ sei.⁴⁶ Auf diesen Fall wird im einzelnen noch einzugehen sein.

Ein besonders kurioser Fall von „gewöhnheitsrechtlich legitimer Abwesenheit“ ist allerdings auch in den Korrespondenzunterlagen des Bezirksobmanns zu finden:

Hochverehrter Herr Oberregierungsrat !

Bezüglich meines Ausbleibens von der Monatsversammlung am 20. Januar, darf ganz ergebenst unterbreitet werden, daß ich seit langen Jahren und sogar Jahrzehnten am späten Nachmittag und abends eigentlich niemals ausgehe (ich erinnere nur zwei Ausnahmen: ungefähr 1919 zu einer Juristenzusammenkunft und zu einer Rechtswahrerbund-Versammlung in Lemgo vor 1 – 2 Jahren) und daher beim Brechen einer schon sehr alten Gewöhnung unangenehme Folgen bezüglich Gesundheit oder Arbeitskraft befürchten muß.⁴⁷

Auch die ‘Teilnahmefreudigkeit’ an Großveranstaltungen außerhalb des Kreisgruppengebietes darf als ‘zurückhaltend’ bezeichnet werden. So wurde z.B. die Absage an eine Veranstaltung der Gaugruppe ‘Junge Rechtswahrer’ in Münster damit begründet, daß nur höchstens fünf Mitglieder aus dem lippischen Bezirk teilnehmen könnten. Außerdem sei am selben Tag ein Treffen der ‘Lipperkämpfer’. Nachdem die Tagung infolge des Treffens der ‘Lipperkämpfer’ verschoben wurde, erfolgte wiederum eine Absage aufgrund „dienstlicher Belange“.⁴⁸ Es sei vermerkt, daß Referendaren und junge Assessoren Kostenersatz nur bei Schulungslagern gewährt wurde.

Im Frühjahr 1937 waren im Auswärtigen Amt 20 Attaché-Stellen neu zu besetzen. Der Gau Westfalen-Nord suchte daher unter den Referendaren und

jungen Assessoren Kandidaten mit entsprechenden „nationalsozialistischen Eigenschaften.“⁴⁹ Landgerichtspräsident Winkelsesser teilte dem Gau daraufhin mit, daß „von den hiesigen jungen Rechtswahrern keiner allen Anforderungen entsprechen dürfte.“⁵⁰ Dennoch schlug der Landgerichtspräsident den „Geländesportler“ und Assessor H. vor, der nicht in den Probedienst übernommen worden war. H. sei ein „frischer, geweckter Mensch von guten Formen, nationalsozialistischer Haltung, gutem Allgemeinwissen und gesundem Menschenverstande. Als ausgeprägt repräsentative Erscheinung wird man ihn zwar nicht bezeichnen können, er zeigt aber gute Haltung.“⁵¹ Offensichtlich von der Führung dazu gedrängt, schrieb der Fachgruppenleiter Tielker an den Kreisgruppenführer: „Ich möchte mich deshalb melden, obwohl ich natürlich von mir nicht behaupten kann, vollkommen den gestellten Anforderungen zu entsprechen. [...] Die übrigen Kameraden sind weder alte Parteigenossen, noch zeigen sie außenpolitischen Dingen gegenüber großes Interesse.“⁵²

Auch anläßlich einer sog. 'reichswichtigen Großkundgebung' am 13.2.1937 unter der Leitung von Reichsrechtsführer Dr. Frank in Münster ließen die lipplischen Rechtswahrer die entsprechende Begeisterung vermissen. Aus verkehrstechnischen Gründen wurde die auf sechs Stunden (!) veranschlagte Busfahrt abgesagt.⁵³ (Offensichtlich ergaben sich daraus Schwierigkeiten, daß die zumeist nicht motorisierten Mitglieder aus den verschiedenen Ortsgruppen mit dem Bus abgeholt werden mußten. Angesichts des schlecht ausgebauten Wegenetzes in Lippe war dies sicher ein schwieriges Unterfangen). Lediglich neun Mitglieder aus Bad Salzuflen, die offensichtlich über bessere Zugverbindungen verfügten, meldeten ihre Teilnahme an. Darauf wandte sich Oppermann an die übrigen Ortsgruppen, um seinem Ärger Luft zu verschaffen: „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß irgendeine nachhaltige Werbung überhaupt nicht veranlaßt worden ist [...]. Ich erwarte, daß das Versäumte auch von Ihnen umgehend nachgeholt wird.“⁵⁴ Begründete ein Teil der Vertrauensmänner die geringe Beteiligung mit der Ansetzung von gleichzeitig stattfindenden Veranstaltungen, so verwies der Lemgoer Obmann zur Begründung auf die wirtschaftliche Lage vieler Mitglieder. Den Vorwurf, „nachhaltige Werbung nicht veranlaßt zu haben“, wies der Vertrauensmann entschieden zurück und ersuchte Oppermann um Entbindung von seinem Posten. Das Rücktrittsgesuch Dr. Corveys übergab der Kreisgruppenführer allerdings mit einer ironischen Anmerkung.⁵⁵ Während der Vorbereitung der 'Tagung des Deutschen Rechts' im Jahre 1938 kam es allerdings wegen vergleichbarer Vorkommnisse zwischen der Gauleitung und dem Kreisgruppenführer endgültig zum Eklat.

Der 'Tag des Deutschen Rechts' in Leipzig

Die 6. Reichstagung des NSRB sollte auf Anordnung des Reichsrechtsführers unter der Bezeichnung 'Tag des Deutschen Rechts' zunächst vom 7. bis 9. Oktober 1938 in Leipzig stattfinden. Der NS-Rechtswahrerbund, als ältester angeschlossener Verband der NSDAP, sollte im Rahmen dieser Großveranstaltung sein 10jähriges Bestehen feiern. Der Gauorganisationsleiter verkündete: „Der Tag des Deutschen Rechts wird die größte bisher dagewesene Rechtswahrerkundgebung sein.“⁵⁶ Um die Teilnehmerzahlen der bisherigen Tagungen zu übertreffen, wurden bereits im Februar 1938 die wichtigsten Vorbereitungen für eine umfangreiche Werbekampagne getroffen. Die Teilnahme wurde den Bundesmitgliedern zur Pflicht gemacht.

Die erste Mitgliederbefragung im März durch die Vertrauensleute in den Amtsgerichtsbezirken war allerdings ziemlich ernüchternd. In Blomberg fanden sich von acht Mitgliedern lediglich zwei 'Berufskameraden' bereit, an dem Treffen teilzunehmen; von 24 in Detmold befragten Mitgliedern meldete sich überhaupt kein Teilnehmer!⁵⁷ Auch die wichtigsten Repräsentanten, wie z.B. Winkelsesser und Oppermann, waren nicht auf der Meldeliste zu finden. Um der Kampagne Nachdruck zu verleihen, ordnete die Gauleitung in der Woche vom 3. bis 9. April in sämtlichen Kreisgruppen Pflichtversammlungen an, die ausschließlich der Teilnahmewerbung zu dienen hatten.⁵⁸ Die Gauleitung stellte eine Fahrpreisermäßigung von 75% und um 25% verbilligte Theaterkarten in Aussicht.⁵⁹ Außerdem setzte man sich bereits mit dem 'Quartieramt' in Verbindung. Am 31. März 1938 meldete die vier Mitglieder umfassende Ortsgruppe Horn: „Fehlanzeige!“⁶⁰ Um einem Fiasko vorzubeugen, wurden daraufhin in den verschiedenen Behörden und Institutionen sog. 'Umlauflisten' verteilt. Von den 15 Detmolder Rechtsanwälten konnte keiner der Gaubehörde als Teilnehmer gemeldet werden; Bezirkspressewart Neubeck meldete sich nur unter „Rücktrittsvorbehalt“.⁶¹ Auch in Bad Salzuflen schien die Kampagne im März nicht gefruchtet zu haben. Von den 18 Mitgliedern meldete lediglich der Vertrauensmann Friedrichsmeyer seine „grundsätzliche Bereitschaft“ zur Teilnahme an.⁶² Der Rücklauf weiterer Umlauflisten war ebenfalls nicht sehr ermutigend: Finanzamt Detmold (vier Mitglieder, ein Teilnehmer unter Vorbehalt), Arbeitsamt Detmold (drei Mitglieder, kein Teilnehmer).⁶³

Während sich in den folgenden Monaten in Lippe nur wenige zur Anmeldung entschließen konnten, meldete der Gau am 7. Juni 1938 in anderen Landesteilen bereits 295 Teilnehmer.⁶⁴ Gauführer Dr. Fleiter mußte allerdings im August eingestehen, daß seitens der Reichsführung vom Gau Westfalen-Nord eine Beteiligung von mindestens 800 Bundesmitgliedern erwartet wurde.⁶⁵ So wurde im Juni die „zweite Etappe“ der Werbekampagne eingeleitet, die auch als „persönliche Werbung von Mann zu Mann“ zu verstehen war und an der sich alle Amtswalter des NSRB zu beteiligen hatten. Um die entsprechenden Teil-

nehmerzahlen zu erzielen, gab die Gauleitung bekannt, daß auch „Nicht-Bundesmitglieder“, Ehefrauen und Angehörige an der Fahrt nach Leipzig teilnehmen könnten.⁶⁶ In den nächsten Wochen wurde die 'restlose' Verteilung aller Werbeplakate und die 'pressemäßige' Werbung in allen erfaßbaren Zeitungen angeordnet.⁶⁷ Am 21.7.1938 wurde die Einrichtung eines „Gaustandquartiers“ – „inmitten der Stadt Leipzig“ – gemeldet. Die 'Jungen Rechtswahrer' sollten – zum größten Teil auf Kosten der Reichsführung – in Freiquartieren und in Massenquartieren von 50 bis 60 Mann in Schulen untergebracht werden.⁶⁸

Kam von seiten der Reichsgeschäftsführung nur verhaltene Kritik auf, weil die von den einzelnen Gauen gemeldete Zahl der Teilnehmer noch nicht den Erwartungen entsprach, so bekam Kreisgruppenführer Oppermann den Unmut der Gauleitung zu spüren. Bei der Durchsicht der Unterlagen hatte der Gauführer festgestellt, daß die Kreisgruppe mit einem Mitgliederbestand von 166 Mitgliedern nur neun Mitglieder aus Detmold, ein Mitglied aus Blomberg und ein weiteres Mitglied aus Bad Salzuflen gemeldet hatte.⁶⁹ Es muß an dieser Stelle vermerkt werden, daß Oppermanns 'oppositionelles' Auftreten bereits in den Jahren 1935/36 zu schweren Konflikten mit dem Gauleiter Dr. Meyer geführt hatte, der ihn in einem Schreiben als „seinen undiszipliniertesten Beamten“ bezeichnete.⁷⁰ Ein Disziplinarverfahren blieb dem Kreisgruppenführer nicht erspart. Verständlicherweise geriet der Kreisobmann einen Monat vor der geplanten Großveranstaltung zunehmend unter Druck. In den verschiedensten Behörden und Institutionen setzte nun die „Vollplakatierung“ – auf Anordnung der Reichsführung – ein. Gebetsmühlenartig wiederholten die Ortsgruppenleiter ihre Fehlanzeigemeldungen. Der Vertrauensmann von Bad Salzuflen hatte mittlerweile – als einzig gemeldeter Mitfahrer seiner Ortsgruppe – seine Teilnahme wieder zurückgezogen. Um die Teilnahmebereitschaft seines 'Sprengels' unter Beweis zu stellen, ließ sich Oppermann selbst als zehnten Teilnehmer der Ortsgruppe Detmold auf die Liste setzen.

In Anbetracht der sich ergebenden organisatorischen Schwierigkeiten entschied sich die Reichsführung für die Verlegung des 'Reichsrechtstages' auf den 19. bis 21. Mai 1939.⁷¹ Es wäre sicher vermessen, das organisatorische Scheitern allein auf die Eigensinnigkeit lippischer Bundesmitglieder zurückzuführen. Dazu war der lippische 'Sprengel' auch zu unbedeutend. Nach der Wiederaufnahme der Werbekampagne für die 'Reichsrechtstagung' im Frühjahr wiederholte sich allerdings die Prozedur der Absagen und „vorbehaltlichen“ Anmeldungen. Mitglieder des Bundes, die bereits im Herbst 1938 abgesagt hatten, führten nun die gleichen Entschuldigungsgründe an. Eine Organisationspanne, wie sie geradezu typisch für das 'polykratische Chaos' der institutionellen Zuständigkeiten war, verunsicherte viele Anmelder zusätzlich: Erst am 30.3.1939 stellte die Reichsrechtsleitung fest, daß das Reichsministerium des Inneren für den Zeitraum der Tagung eine Volkszählung angesetzt

hatte.⁷² Die Reichsführung bemühte sich, die verunsicherten Mitglieder zu beschwichtigen. Es könne damit gerechnet werden, daß diejenigen Rechtswahrer, die nicht aus beruflicher Verpflichtung unbedingt an der Volkszählung teilnehmen müßten, zum 'Tag des Deutschen Rechts' beurlaubt würden. Um eine Rücktrittswelle zu verhindern, verkündete die Reichsführung durch Runderlaß die Beurlaubung der Teilnehmer ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub. Ferner gab das Reichsministerium des Inneren im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium bekannt, daß die Teilnehmer am 'Tag des Deutschen Rechts' von der Mitwirkung an der Volkszählung befreit seien.⁷³

Die Gauleitung mußte sehr schnell erkennen, daß die anvisierte Teilnehmerzahl von 800 Bundesmitgliedern im Gau nicht zu erzielen war. Lediglich in einzelnen Kreisgruppen und Kreisabschnitten, so z.B. in Rheine, Ibbenbüren, Höxter, Bocholt, Münster und Paderborn konnte eine große Zahl von Fahrtteilnehmern geworben werden.⁷⁴ Obwohl der inzwischen genehmigte Sonderzug nach Leipzig auch über lippisches Gebiet fahren sollte, entwickelte sich die Mitgliederwerbung ebenso zäh wie im Herbst des Vorjahres. Die Durchsicht der Umlauflisten war für den Kreisobmann niederschmetternd: Bad Salzuflen (14 Mitglieder, elf Absagen, zwei Volkszähler, ein Soldat), Arbeitsamt Detmold (drei Mitglieder, drei Absagen), Finanzamt Detmold (zwei Mitglieder, eine Zusage), Landgericht Detmold (zwölf Mitglieder, zwölf Absagen), Amtsgericht Detmold (22 Mitglieder, zwei Zusagen), Landesregierung Detmold (neun Mitglieder, sieben Absagen, eine „bedingte“ Zusage, eine Zusage), Lemgo (18 Mitglieder, keine Zusage), Horn (vier Mitglieder, keine Teilnahme), Oerlinghausen (zwei Mitglieder, keine Teilnahme).⁷⁵

Um einer Blamage vorzubeugen, war die Kreisführung dazu übergegangen, die genehmigte Ausnahmeregelung in Anspruch zu nehmen und setzte die Namen von Gästen und Ehegattinnen der Mitglieder auf die Liste. Der zum Amtsgericht strafversetzte Dr. Ebert wurde ebenfalls „zwangsverpflichtet“. Dieses 'Täuschungsmanöver' wurde allerdings von der argwöhnisch gewordenen Gauleitung sofort registriert: Empört wies der Gaugeschäftsführer darauf hin, daß allein die Kreisgruppe Münster 220 Mitglieder zur Teilnahme bewegt habe. Hingegen seien von den zehn Teilnehmern in Lippe einige nicht einmal Bundesmitglieder.⁷⁶ Zuletzt gelang es dem Kreisgruppenführer doch noch, wenigstens 19 Teilnehmer zu aktivieren, unter denen sich allerdings drei Ehegattinnen, ein Gast und ein Zwangsverpflichteter befanden. Trotz der 'Zwangsrekrutierung' in letzter Minute drohte die Mission aufgrund der nächsten Organisationspanne doch noch zu scheitern. Vier Tage vor Beginn der Tagung stellte die Kreisgruppe fest, daß die Gauleitung vergessen hatte, 14 Teilnehmerkarten an die lippischen Mitfahrer zu verschicken.⁷⁷ Ob die Kreisgruppe nach dieser Panne geschlossen nach Leipzig gefahren ist, ist den Akten nicht zu entnehmen. In den Unterlagen des NSRB befinden sich jedenfalls noch einige auf Namen ausgestellte Teilnehmerscheine.⁷⁸

Die Monatspflichtversammlungen

Wichtigste und zentrale Veranstaltung des NSRB war die Monatspflichtversammlung, über die ausführlich an den Gau Bericht zu erstatten war. Die Sitzungen wurden nicht nur in Detmold (Hotel Arminius, Lipp. Hof oder im Falkenkrug), sondern auch in den anderen größeren Orten Lippes abgehalten. Als weitere Tagungsorte wurden in den Protokollen z.B. Lemgo (Café Schmidt) und Lage („Reichskrone“) erwähnt. In den übrigen Austragungsorten (Horn und Bad Salzuflen) wechselten die Lokalitäten.

Schon unter Dr. Roempler, Oppermanns Vorgänger, wurden die Mitglieder in regelmäßigen Abständen aufgefordert, mehrere Vortragsthemen für die Tagungen vorzuschlagen und anschließend – nach Aufforderung – auszuarbeiten. Mitte der dreißiger Jahre ging man allgemein dazu über, ‘professionelle’ Fachredner (sog. Reichs-, Gau- bzw. Kreisfachredner) über die Reichsgeschäftsstelle oder Gauleitung des NSRB einzuladen. Der Gauorganisationsleiter des NSRB hatte die Vorschläge der Fachredner der Reichspropagandaleitung der NSDAP zur Genehmigung vorzulegen.⁷⁹ So wurden die ursprünglich fachlich informativen Bezirksversammlungen zu regelrechten Propagandaveranstaltungen umfunktioniert. Nach Verabschiedung der Nürnberger Rassegesetze bedienten sich die Reichs- und Gaufachredner insbesondere der Blut- und Boden-Ideologie des ‘Dritten Reiches’. Bei ideologisch befrachteten Themen bestand allerdings die Gefahr, daß insbesondere bei Nachmittagsveranstaltungen viele ‘Berufskameraden’ aus ‘dienstlichen’ Gründen fehlten oder vielmehr selbige zum Anlaß nahmen, die Veranstaltung zu meiden. Am 11. November 1936 hielt z.B. Landgerichtspräsident Dr. Niermann aus Paderborn im Hotel Arminius einen Vortrag in Anlehnung an Carl Schmitts Thesen: „Adolf Hitler – Der Repräsentant des Rechts“. Der euphorische Bericht des Protokolls endete mit der Feststellung: „Die packenden Ausführungen des Redners gipfelten in dem Grundsatz, daß das gesamte Rechtsleben einzig und allein nach dem Willen und Wollen der Person des Führers ausgerichtet sein müsse.“ Die Anwesenheitsliste, die von einer Teilnahme von 108 Zuhörern ausging, täuscht allerdings darüber hinweg, daß die Veranstaltung von einigen NS-Organisationen, von Mitgliedern des RDB, dem Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter und der Wehrmacht besucht wurde. Die Rubrik: ‘Entschuldigt fehlten’ wurde im Protokoll des NSRB erst gar nicht ausgefüllt.⁸⁰

Sehr gerne wurden die Tagungen zum Anlaß genommen, Betriebsbesichtigungen durchzuführen und Stadtrundgänge zu organisieren. Nach der Besichtigung der ‘Heldenorgel’ in der Marienkirche in Lemgo hörten die Bundesmitglieder im September 1935 den Vortrag über „den Geist des deutschen und des römischen Rechts“. Im Protokoll hieß es, der Redner „verstand es, die Gegensätze zwischen dem volksnahen, lebenswarmen deutschen Volksrecht und dem technisch zwar vollkommenen, inhaltlich aber entseelten, rein verstandesmäßi-

gen und individualistischen römischen Recht klar herauszustellen.“ An der Veranstaltung nahmen lediglich 71 Mitglieder teil, was auch eine Verstimmung der Gauleitung hervorrief.⁸¹

Im Zuge der Einführung des Reichserbhofgesetzes wurden die lippischen Rechtswahrer mit der ‘neugermanischen’ Terminologie konfrontiert („Bauernfähigkeit und Abmeierung“).⁸² Aber auch solche Themen wie „Hexenglaube und Hexenprozesse“ fanden bei den Veranstaltungen Berücksichtigung: Dr. Meier „kam zu dem Ergebnis, daß der ganze Hexenglaube dem germanischen Wesen artfremd sei und aus Kleinasien kommend erst über den Umweg der römischen Kirche, Eingang in Deutschland gefunden habe.“⁸³ Ein Berufskamerad ‘berauschte’ sich anlässlich einer Versammlung des RDB an dem Thema: „Der Beamte im Lebenskampf des deutschen Volkes“.

Die menschenverachtende Erblehre des Nationalsozialismus wurde bereits im Februar 1934 Gegenstand der Tagesordnung. Amtsgerichtsrat Dr. Cordes referierte über das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Dr. med. Fiebig, Nervenarzt der Anstalt Eben-Ezer bei Lemgo, „stellte die Hygiene des Einzelnen der Rassenhygiene gegenüber, die die Zukunft des Deutschen Volkes bedeute.“ Er führte aus, „daß nur die negative Methode der Rassenhygiene, die Ausmerzung des Erbkranken, zum Ziele führe. Das Protokoll kommentierte die Ausführungen folgendermaßen: „Jeder einzelne erkannte die ungeheure Bedeutung und die segensreichen Folgen des Gesetzes.“⁸⁴

Die Gauleitung wußte jedoch sehr wohl, daß die künftigen Vollstrecker eines barbarischen Systems nicht zu sehr mit den künftigen Zielsetzungen der Führung befrachtet werden durften. Durch eher banale Kriminalkurzfilme wurden die Veranstaltungen aufgelockert, soweit sie nicht Kundgebungscharakter hatten. Hier nur eine Auswahl aus der Liste der Reichsgeschäftsstelle:

Besserer Herr sucht Anschluß (Heiratsschwindel)
 Letzte Grüße von Maria (Erpressung durch falsche Krankenschwester)
 Lokomotivenbraut (Gefährliche Reisebekanntschaften)
 In 40 Minuten (Erpressung durch Halbweltlerin)
 Aufmachen, Kriminalpolizei! (Gefahr zu großer Offenheit bei Bekanntschaften, Einbruchsgelegenheit)
 Trau-schau-wem (Betrug am Arbeitsplatz)

Mit dem Absingen aller Strophen des Horst-Wessel-Liedes und einem dreifachen ‘Sieg Heil’ auf den Führer wurden die Monatspflichtveranstaltungen geschlossen, soweit sie Kundgebungscharakter hatten.

Oppermanns Verteidigung lippischer Sondervermögen

Bei der 'Verteidigung' lippischen Sondervermögens zeichnete sich Oppermann besonders aus. Erwähnt wurde bereits, daß er als Kuratoriumsvorsitzender der Hermannsdenkmalstiftung alle Versuche Himmlers vereitelte, das beträchtliche Vermögen dieser Stiftung auf die Externsteinestiftung zu übertragen, hinter der sich die SS-Organisation 'Ahnenerbe' verbarg. Wie allerdings der Regierungsbeamte das Sondervermögen lippischer Beamter gegen den Zugriff einer Reichsbehörde verteidigte, erinnert schon an die Beharrlichkeit eines Heinrich Drake.⁸⁵ Dieser soll übrigens Heinrich Oppermann später durchaus seinen Respekt gezollt haben.⁸⁶

Am 9. August 1937 wurde Oberregierungsrat Oppermann – aufgrund des Gesetzes über Beamtenvereinigungen vom 27. Mai 1937 – durch den Reichsbund Deutscher Beamter (RDB) unverhohlen aufgefordert, das vorhandene Vermögen des Lippischen Beamtenbundes sowie die Kassenbücher und Belege nebst Liquidations-, Eröffnungs- und Schlußbilanz zu übersenden.⁸⁷ Oppermann, der im Frühjahr des Jahres 1933 als Vorsitzender des seinerzeit bestellten 'Führerrates' an der Gleichschaltung der alten lippischen Verbände maßgeblich beteiligt war, widersetzte sich – nach kurzer Rücksprache mit dem Kreisrentmeister Köstering – der Abwicklungsstelle in Berlin. Dem RDB übermittelte er am 6. September 1937 folgendes Schreiben:

Die Liquidation ist lange vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. Mai 1937 durchgeführt, so daß seine Anwendung nicht in Frage kommt. Daß gesetzliche Bestimmungen noch erlassen würden, konnte nicht angenommen werden; im übrigen sind 1933/34 schriftlich und mündlich Verhandlungen mit der Gauleitung des RDB geführt worden, als deren Ergebnis anerkannt wurde, daß der Lipp. Beamtenbund Vermögen an den RDB abzuführen nicht verpflichtet sei. Es bleibt hier darauf hinzuweisen, daß der Lipp. Beamtenbund korporativ dem Deutschen Beamtenbunde angeschlossen war und in seinem Landesverband die Beamten der Länder und Gemeinden einschließlich der Lehrer vereinigte und als solcher völlig selbständig war, eigene Beiträge erhob und sich demgemäß selbst finanzierte.⁸⁸

Die finanziellen Restbestände hatte Oppermann, gestaffelt nach einem Quotensystem, den *örtlichen* lippischen Nachfolgeorganisationen (RDB, NS-Lehrerbund, Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter und dem NSRB) übertragen. Die Pensionsrückstellungen der lippischen Beamten blieben davon unberührt. Durch weitere Rückstellungen (z.B. Gerichtskosten für die Löschung im Vereinsregister) vereitelte der akkurate Beamte die letzten Hoffnungen der Abwicklungsstelle, an die Gelder der alten lippischen Verbände zu kommen. Die Abwicklung mündete fast in eine Brückierung der Reichsstelle: Monate vorher hatte sich der bereits erwähnte Kreisrentmeister Köstering über die Einlagerung der alten Akten in seiner Privatwohnung bei Oppermann beklagt. („Nun liegt alles schon seit Monaten meiner Frau im Wege und mit Frauen, so-

gar mit den besten, ist ja bekanntlich in solchen Dingen nicht zu spaßen!“) Dieser Umstand hatte beide auf die Idee gebracht, die Akten bei einem „Trödler loszuschlagen.“⁸⁹ Der Papiererlös nebst weniger, unbedeutender Portokassenbestände wurde der Abwicklungsstelle in Berlin – nach akkurater Rechnungsdarlegung – überwiesen.

Führungsstil Oppermanns im Lichte des Entnazifizierungsverfahrens

Den Führungsstil Heinrich Oppermanns unter dem Gesichtspunkt der Verstrickung abschließend zu beurteilen, fällt besonders schwer, zumal viele Beurteilungen im sog. Entnazifizierungsverfahren aus seinem persönlichen Umfeld stammen. Man würde aber der Person Oppermanns nicht gerecht, wollte man alle eidesstattliche Erklärungen als ‘Persilscheine’ abqualifizieren. Einige Beurteilungen sind sehr allgemein gehalten, andere Aussagen sind aber sehr konkret und decken sich mit der Aktenlage.

Am 27. April 1945 erhielt die Ehefrau Heinrich Oppermanns eine von Heinrich Drake verfaßte Verfügung folgenden Inhalts: „Auf Grund der Anweisung der Militärregierung über Personalfragen werden Sie [gemeint ist Heinrich Oppermann: Anm. des Verf.] mit sofortiger Wirkung aus dem Landesdienst entlassen, da Sie nach den getroffenen Feststellungen vor dem 1. April 1933 Mitglied der NSDAP geworden sind.“ Heinrich Oppermann befand sich zu diesem Zeitpunkt in Rumänien in Kriegsgefangenschaft und verstarb dort am 6.8.1945.

Der ungewöhnliche Karrieresprung des Heinrich Oppermann vom Landgerichtsrat zum Oberregierungsrat und später zum Regierungsdirektor spielte auch in der Pensionsüberprüfungsentscheidung vom 29.9.1948 eine Rolle, wobei die Hinterbliebenenbezüge der Witwe Oppermanns zunächst nach dem Dienstgrad eines Landgerichtsrates berechnet wurden. Bevor Else Oppermann jedoch einen Antrag auf Besserstellung der Versorgungsbezüge stellen konnte, mußte zunächst Oppermanns Verstrickung in einem gesonderten Entnazifizierungsverfahren überprüft werden.

Innerhalb des Systems wurde der Oberregierungsrat eher als „gewissenhafter Beamter“ denn als „machtbewußter Nationalsozialist“ gesehen. Dieses verband ihn mit seinem Amtskollegen Dr. Ernst Krappe, der nach einem NS-Gutachten „mehr Paragraphenmensch als Nationalsozialist“ war, so daß die Bewegung in Lippe ihn als Landespräsidenten ablehnte.⁹⁰ Oppermann, dem der gleiche Ruf vorauselte, sagte man einen leichten Hang zur Pedanterie nach. Unmittelbar nach der Beförderung Heinrich Oppermanns zum Regierungsdirektor ‘frotzelte’ ein Bekannter in einem Nachsatz: „Sie müssen schon verzeihen, daß ich Sie mit der unrichtigen Amtsbezeichnung angedet habe! Wegen dieses Formfehlers brauche ich den Brief sicher nicht noch einmal zu schreiben.“⁹¹ Nachdem ein entnervter Vertrauensmann grußlos sein Demissions-

schreiben übersandt hatte, antwortete Oppermann trocken: „hiernach glaube ich, den Schlußsatz Ihres Schreibens übersehen zu sollen; ich bemerke nur noch, daß bisher alle Schreiben des NS-Rechtswahrerbundes mit „Heil Hitler“ gezeichnet wurden.“⁹² Bei ehemaligen deutsch-nationalen Mitgliedern, die ihre Briefe – aus Gründen der Abgrenzung zur ‘Bewegung’ – mit ‘deutschem Gruß’ unterzeichneten, übersah der Kreisobmann den ‘Formfehler’; sicherlich nicht nur, weil er bei diesen häufiger verkehrte.

Allerdings überstieg der ‘Papierkrieg’ der Partei auch das Fassungsvermögen des ehemaligen preußischen Beamten. Ausgerechnet an Gauamtsleiter Steinecke schrieb er am 27.6.1939:

[...] der Papierkrieg in den verschiedensten Gruppierungen, das Formular- und Berichtswesen, die unzähligen Rundschreiben, die Vielfalt von gedruckten Verordnungsblättern, Zeitschriften usw. gehören leider zum eisernen Bestand der Staatsverwaltung und zunehmend, wie ich mit Bedauern wiederholt festgestellt habe, auch der Partei und ihrer Gliederungen. Hier grundlegend Wandel zu schaffen und sei es auf dem radikalen, dafür aber höchst wirksamen einfachen Wege einer Kürzung der Papierzuweisung um mindestens 50 bis 60% des bisherigen Bedarfs, wäre eine verdienstvolle Aufgabe.⁹³

Ein Antwortschreiben ist uns nicht überliefert. Da Gauamtsleiter Steinecke allerdings nicht unbedingt zu den ‘Förderern’ Oppermanns zu zählen war, dürften Schreiben dieser Art die vorzeitige Einziehung zur ‘Frontbewährung’ befördert haben. Nach Aussage der Witwe Oppermanns wurde ihr Mann „nicht auf dem gewöhnlichen Wege, sondern telegraphisch aus Berlin“ einberufen, wahrscheinlich veranlaßt durch Kreisleiter Wedderwille und Gauleiter Dr. Alfred Meyer, der ihn, nach einer eidesstattlichen Erklärung eines Regierungsbeamten, als „seinen undiszipliniertesten Beamten“ bezeichnete.⁹⁴

Daß Oppermann Streitigkeiten mit NS-Größen nicht aus dem Weg ging, beweist auch der Fall des Detmolder Bürgermeister Keller, der als „säumig zahlendes“ Mitglied des NSRB aufgefallen war. Oppermann meldete an die Gau-geschäftsstelle des NSRB: „Bei der Anforderung ergaben sich Schwierigkeiten. K. vertrat den Standpunkt, daß er seine Aufnahme irrtümlich beantragt hätte, bzw. daß er nicht dem BNSDJ, sondern dem RDB angehört habe.“⁹⁵ (Es sei vermerkt, daß zahlende NSRB-Mitglieder beitragsfreie RDB-Mitglieder werden konnten. Diese Regelung galt aber nicht im umgekehrten Falle). Nach dem Schreiben Oppermanns ließ Keller Dutzende von mündlichen und schriftlichen Erinnerungen unbeantwortet. Außerdem nahm der Bürgermeister an den Veranstaltungen und Versammlungen des NSRB nie teil. Als der Bürgermeister um eine Beitragsermäßigung nachsuchte, platzte dem Bezirksobmann der Kragen: „Angesichts dieser Vorgänge habe ich erhebliche Zweifel, ob K. nun wirklich nützliches Mitglied in unserer Gemeinschaft sein wird.“ Der Bezirksführer hatte sich bereits am 18. Januar 1935 an die Gauleitung mit dem „drin-

genden Ersuchen“ gewandt, etwa eingehenden Anträgen auf Beitragsermäßigung oder völligen Erlaß auf keinen Fall zu entsprechen. „Es ist dies ein Schulbeispiel, wohin Langmut gegenüber einem Mitgliede, der noch dazu eingeschriebenes Mitglied der NSDAP ist, führt. Dabei hat Keller als Junggeselle im Alter von etwa 32 Jahren Oberregierungsratseinkommen.“⁹⁶ Oppermann empfahl, die Beiträge notfalls auch im Prozeßwege einzuziehen. Die ‘pflichtgemäße’ Grußadresse an den Bezirksführer zum Neuen Jahr erfolgte in den nächsten Jahren aus dem Bürgermeisteramt nur durch Unterschrift eines Untergebenen.⁹⁷ Die persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Oppermann und Keller gipfelten in einem parteiinternen Beleidigungsverfahren in den Jahren 1939 bis 1941, wobei sich der Bürgermeister Keller die Gunst des Kreisleiters („Mein lieber Pg. Wedderwille!“) zu sichern suchte.⁹⁸

So sehr sich der Kreisobmann mit Vorgesetzten und Parteigrößen anlegte, so sehr setzte er sich für die Belange der Mitglieder des NSRB ein. Zu seinen Aufgabenfeldern gehörte die Arbeitsbeschaffung für mittellose Bundesmitglieder. Auch diejenigen, die in der Weimarer Republik der NS-Bewegung kritisch gegenübergestanden haben, konnten sich auf seine menschliche Integrität verlassen. So forderte das Gaurechtsamt eine Beurteilung des ehemaligen Bürgermeisters Quentin an, der in den Jahren 1925-27 in Bad Salzuflen amtierte. Obwohl dieser seit der Machtergreifung „nirgends irgendwie“ aktiv in Erscheinung getreten war, teilte Oppermann der Gaubehörde mit, er habe den „besten Eindruck von ihm.“⁹⁹

In einem anderen Fall ging es darum, daß der Rechtsanwalt N. in eine wirtschaftliche Notlage geraten war und ihm als Hauseigentümer die Zwangsvollstreckung drohte. Nach Erkenntnissen der Gauführung des NSRB war N. ursprünglich „Stahlhelmer“ gewesen, dann aber „in dickköpfiger Weise ins Gegenlager geschwenkt“ und habe „im Rausch Äußerungen gegen die NSDAP gemacht.“ In einer vom Gauamtsleiter Steinecke übernommenen Stellungnahme Oppermanns heißt es: „N. ist innerlich ein wertvoller und anständiger Mensch, der aber wirtschaftlich und seelisch durch seine ständigen Schwierigkeiten zusammengebrochen ist.“ Er hielt es für „vertretbar und im Sinne der Familie erwünscht“, daß der NSRB sich für ihn verwende. Der Oberregierungsrat schloß mit der Bemerkung: „Für die Dauer seiner anwaltlichen Tätigkeit bleibe ich bemüht, N. den einen oder anderen Auftrag zur Vertretung der Landesregierung in Prozessen zu übertragen.“¹⁰⁰

Dr. Oppermann war nicht nur Kirchenältester im Kirchenvorstand der evangelischen Kirche in Detmold, sondern auch im Vorstand der Landessynode und als solcher Mitglied des Landeskirchenrates. So ist es zu verstehen, daß der Oberregierungsrat auch hin und wieder gebeten wurde, zwischen Kirche und staatlichen Institutionen zu vermitteln. Im Juli 1938 untersagte Oberschulrat Wollenhaupt die Abhaltung von Bibelstunden in staatlichen Schulen, so auch in den Gemeinden, in denen kirchliche Räume nicht zur Verfügung standen. Der

Oberschulrat begründete diese Maßnahme damit, daß „die Bibelstunden zu Zwecken benutzt worden seien, die den Belangen des Dritten Reiches zuwiderlaufen.“¹⁰¹ Nach Intervention Oppermanns änderte der Oberschulrat seine Verfügung vom 27.7.1938 insoweit ab, daß ortsansässigen, gebrechlichen und alten Leuten die Schulen zur Abhaltung von Bibelstunden wieder offen standen. Lediglich Predigten von Auswärtigen wurden untersagt.¹⁰² Diesem kirchlichen Engagement Oppermanns, der niemals den „Deutschen Christen“ angehörte, sollte im Entnazifizierungsverfahren noch entscheidendes Gewicht zukommen.

Schlußbetrachtung: Schuld und Entlastung Oppermanns

Der Sonderbeauftragte für Entnazifizierung in Düsseldorf bescheinigte dem „fleißigen und fähigen Beamten“ Oppermann, daß er nach den eidlichen Aussagen von Nicht-Parteimitgliedern „keineswegs ein gefügiges Werkzeug der NSDAP“ gewesen sei, sondern sich seine Unabhängigkeit bewahrt und scharf die Maßnahmen abgelehnt habe, die seinem Rechtsempfinden widersprachen. „Es ist einwandfrei eine immer größer werdende Distanzierung vom Nationalsozialismus feststellbar.“¹⁰³ Der Bericht verkennt nicht, daß der Parteieintritt 1932 auch im Falle Oppermanns einen beachtlichen Einfluß auf die berufliche Förderung hatte. Der Sonderbeauftragte kam „bei gerechter Würdigung der Umstände“ zu der Auffassung, daß Oppermann lediglich – der Kategorie 4 entsprechend – als ‘Mitläufer’ eingestuft werden könne.

Aufgrund der Entlastung Oppermanns konnte die Witwe des Regierungsdirektors auf eine Besserstellung der Versorgungsbezüge hoffen oder doch zumindest auf einen Teilerfolg. Ursprünglich waren Else Oppermann Hinterbliebenenbezüge nur nach dem Dienstgrad eines Landgerichtsrates zuerkannt worden. In einem Vergleichsvorschlag kam die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zu dem Schluß: „Bei der Zugrundelegung der normalen Dienstlaufbahn hätte Oppermann in der relativ kurzen Zeit der Beschäftigung in der allgemeinen Verwaltung allenfalls die Stellung eines Oberregierungsrates erreichen können.“¹⁰⁴ Infolgedessen schlug die Landesregierung der Witwe in einem Vergleich vor, die Bezüge nach der Stellung eines Oberregierungsrats (A 2 b) zu berechnen, „da unterstellt werden müsse, daß Oppermann auch im Justizdienst diese Stelle erreicht haben würde.“ Offensichtlich sind die deutschen Dienststellen davon ausgegangen, daß Oppermann diese Stellung mit seinem Fleiß und seiner Befähigung auch ohne Protektion erreicht hätte!

Eine abschließende Beurteilung des als ‘Mitläufer’ eingestuften Oppermann muß zwangsläufig differenziert ausfallen. Da haben wir es zunächst mit dem als „nationalsozialistischen Idealisten“ bezeichneten Dr. Heinrich Oppermann zu tun, der die Ideen seines Führers durchaus verinnerlichte. Zumindest ver-

stand er es, die Erfolge seiner Partei für seine Karriere zu nutzen. Zunächst unterschied er sich durch nichts von der übrigen braunen Gefolgschaft jener Zeit. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden Oppermann als leitendem Regierungsbeamten weitreichende Kompetenzen übertragen. Gleichzeitig war der Oberregierungsrat als Führer des ältesten angeschlossenen Verbandes der NSDAP und in vielen anderen Funktionen an der Gleichschaltung staatlicher Institutionen in Lippe maßgeblich beteiligt. Nach der Abberufung des Kreisgruppenführers unmittelbar nach Ausbruch des Weltkrieges wurde auch Lippe von den „furchtbaren Juristen“ und Sondergerichten heimgesucht. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß der einflußreiche Kreisobmann, der sicher kein williges Werkzeug der Partei war, an dieser Entwicklung (gewollt oder ungewollt) seinen Anteil hatte. Ein grundlegend innerer Wandel hatte sich bei Oppermann erst Mitte der dreißiger Jahre vollzogen, infolgedessen er sich durch Offizierslehrgänge und andere Wehrmachtsaufgaben den Parteiaufträgen entzog. Als ehemaliger preußischer Beamter vertrat Oppermann einen legalistischen Kurs, d.h. er stand für die Einhaltung staatlicher Regularien, soweit die Diktatur des 'Dritten Reiches' überhaupt noch Raum für die Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien vorsah.

Da Oppermann trotz seiner exponierten Funktion nie direkt mit Verfolungsmaßnahmen in Verbindung stand, andererseits aber an der Gleichschaltung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen beteiligt war, wurde er als 'Mitläufer' eingestuft. Andererseits wurde auch der gefürchtete Kreisleiter Wedderwille als Mitläufer eingestuft, der wegen seiner antisemitischen Hetzkampagnen traurige Berühmtheit erlangte und „im Lande von Synagoge zu Synagoge hetzte, um möglichst überall in eigener Person die Gewalttätigkeiten anfachen zu können.“¹⁰⁵ Dessen Verantwortung wiegt um so schwerer, als er nicht nur als Stellvertreter des Reichsstatthalters fungierte, sondern die Regierungsgeschäfte in Lippe weitgehend in eigener Verantwortung führte.¹⁰⁶

Vergleicht man die Persönlichkeiten Oppermanns und Wedderwilles und ihre Amtsführung, so kommt man zwangsläufig zu einer unterschiedlichen Zuweisung von Schuld und Verstrickung. Die unpräzisen Kriterien für die Definition des 'Mitläufers' führte in den Entnazifizierungsverfahren dazu, daß sich in dieser Kategorie sowohl der in Befehlsnotstand handelnde belastete Funktionsträger als auch der unbelastete Amtsinhaber und einfache Parteigenosse wiederfanden. Zu viele belastete Funktionsträger erhielten aufgrund der weit gefaßten Auslegung der Kategorie des 'Mitläufers' durch staatliche Behörden den ersehnten 'Persilschein', der ihnen die uneingeschränkte Fortsetzung der Karriere in öffentlichen Positionen garantierte. Diese Problematik war nicht nur eine wesentliche Ursache des Generationskonfliktes von 1968, sondern beschäftigt auch heute noch große Teile der jüngeren Generation.

Anmerkungen

1. Zit. in: Deutsches Recht (Zeitschrift des BNSDJ), Hrsg. Hans Frank, 1933, S. 60.
2. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 6, Rundschreiben des Gauorganisationsleiters vom 17.2.1938.
3. Vgl. hierzu: NSDAP-Programm vom 25.2.1920, Punkt 25, zit. nach G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1930, S. 8 ff.
4. Vgl. hierzu: K. D. Bracher, Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1972, S. 222 ff.
5. Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, Frankfurt a. M. – Köln 1974.
6. Vgl. hierzu: Andreas Ruppert (Hrsg.: StA DT), NSDAP und NS-Organisationen in Lippe Bd. 1, S. 19.
7. Der Aufsatz ist Bestandteil einer umfangreicher angelegten Dissertation des Autors an der Universität Freiburg.
8. Vgl. hierzu: Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940 – Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988, S. 88 ff.
9. Abgedruckt in: „Völkischer Beobachter“ vom 8.6.33, Beiblatt; Zeitschrift „Deutsches Recht“, 1933, S. 33.
10. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 1, Schreiben des Gauorganisationsleiters Wiemann vom 3.3.1933.
11. Vgl. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 21 u. 25, Rundschreiben des Leiters des Gau-rechtsamt und Gauführers des NSRB im Gau Westfalen-Nord vom 25.6.1937.
12. Vgl. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 21 u. 25.
13. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 4.
14. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 10, Bericht über die Bezirksversammlung vom 3.4.1937.
15. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 9, Schreiben vom 5.4.1937.
16. Vgl. Anm. 15.
17. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 17, Schreiben vom 29.4.1937: Einverständnis von Oppermann.
18. Vgl. hierzu: StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 2-64; L 113, Nr. 1116, Bl. 75, Schriftwechsel: Gaugeschäftsstelle Westfalen-Nord mit Oppermann.
19. Vgl. hierzu: Nachlaß Else Oppermann, Entnazifizierungsakte, Eidesstattliche Erklärung des Oberregierungs- und baurats Vollpracht vom 16. September 1948.
20. Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933, Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 17, 54, 62 u. 130.
21. Ernst Krappe, Beiträge zur Lehre der Notverordnung, (Diss.) Breslau 1920; in der nur noch auszugsweise vorhandenen Dissertation (73 Seiten) untersucht E. Krappe die Legitimität des Notverordnungsrechts am Beispiel der preußischen Verfassung.
22. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Referendarsakte, Beurteilung durch den Oberstaatsanwalt vom 12.12.1922.
23. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Referendarsakte, Schreiben des Preuß. Justizministers vom 7.9.1922.
24. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Beurteilung vom 1. März 1927.
25. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Entlassungsgesuch vom 22. März 1927.

26. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Bl. 5, Schreiben des Landgerichtsrat Dr. Ebert vom 26.3.1927.
27. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Bl. 26, Beurteilung des Landesgerichtspräsidenten Winkelsesser vom 10. August 1933.
28. Vgl. hierzu: Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe, Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde Bd. 60 (1991), S. 203.
29. Vgl. hierzu: Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933, Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 54.
30. Nachlaß Else Oppermann, Schreiben der Bezirksregierung Detmold vom 8. Juli 1952 in der Verwaltungsstreitsache Else Oppermann ./ den Regierungspräsidenten in Detmold.
31. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Bl. 21; Schreiben des Staatsministers Riecke vom 29. Mai 1933 an Oppermann.
32. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Schreiben des Reichsstatthalters vom 21.6.33, Bl. 22.
33. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Aktenvermerk vom 27.1.1934.
34. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Verfügung vom 16.2.1935, Az: II Z 278/35 a.
35. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Aktenvermerk vom 27.1.1934.
36. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Schreiben an die Gaubehörde vom 2. 8.38, Bl. 57.
37. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 46-51, zusammenfassende Darstellung des Ergebnisses: Bl. 53.
38. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 3, Aufzeichnungen über den Mitgliederbestand des NSRB.
39. StA DT, L 113, Nr. 1124, Bl. 107, Karteimäßige Mitgliederzahl am 2. März 1938: 171 Mitglieder.
40. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 176, Antwortschreiben auf Anfrage der NS-Frauenshaft.
41. StA DT, L 113 Nr. 1116, Bl. 25, Referendar Tielker an die NSRB-Gauleitung.
42. Vgl. hierzu: StA DT, L 113, Nr. 1136, Bl. 2-34, Lehrpläne des Dozenten Dr. Oppermann.
43. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 105, Entlassungsgesuch von Reg.-Assessor Neubeck am 4.2.1939.
44. StA DT, L 113, Nr. 1113, Bl. 18, Protokoll der Bezirksversammlung vom 15.2.1937.
45. StA DT, L 113, Nr. 1124, Bl. 107, Protokoll der Bezirksversammlung vom 2.3.1938.
46. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 41. Schreiben an die Gaugeschäftsstelle vom 29.7.1936.
47. StA DT, L 113; Nr. 1124, Bl. 45, Schreiben des Rechtsanwalts Th. vom 28.6.1937.
48. StA DT, L 113, Nr. 1116, Bl. 20, Schreiben des Fachgruppenleiters Tielker vom 13.1.1937
49. StA DT, L 113, Nr. 1116, Bl. 11, Schreiben des Gaugruppenwalters „Junge Rechtswahrer“ vom 18.12.36.
50. StA DT, L 113, Nr. 1116, Bl. 15, Schreiben vom 7. Januar 1937.
51. Vgl. Anm. 46.
52. StA DT, L 113, Nr. 1116, Bl. 16, Schreiben vom 7.1.1937.

53. StA DT, L 113, Nr. 1124, Bl. 67. Rundschreiben des Kreisgruppenführers vom 8.2.1937.
54. Vgl. Anm. 49.
55. StA DT, L 113, Nr. 1124, Bl. 69 u. 74; Korrespondenz des Kreisobmanns mit Dr. Corvey, Vertrauensmann der Ortsgruppe Lemgo, am 9.2 und am 16.2. 1937.
56. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 6, Rundschreiben vom 17.2.1938 an alle Obleute.
57. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 6 u. 7, Mitgliederbefragungen in Blomberg und Detmold.
58. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 15, Rundschreiben: Werbewoche für den „Reichsrechtstag“.
59. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 11 und 12, Rundschreiben der Gauführung.
60. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl 13, Schreiben der Ortsgruppe Horn vom 31.3.1938.
61. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 20 u. 23, Umlaufliste: Detmolder Rechtsanwälte.
62. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 26, Umlaufliste: Bad Salzuflen.
63. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 28 u. 31, Umlauflisten: Finanzamt und Arbeitsamt Detmold.
64. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl 36, Schreiben der Gaugeschäftsstelle vom 7.6.1938.
65. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 46, Schreiben der Gaubehörde vom 12.8.1938.
66. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl 37, Schreiben des Gauführers Dr. Fleiter vom 7.6.1938.
67. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 38 u. 39, Anweisung der Gauführung vom 6. u. 9.7.1938.
68. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 41, Mitteilung der Gauleitung des NSRB vom 21.7.1938.
69. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 48, Schreiben des Gauführers Dr. Fleiter vom 12.8.1938.
70. Nachlaß Else Oppermann, Eidesstattliche Erklärung des Oberregierungsrats Vollpracht vom 16.9.48.
71. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 72 u. 73, Rundschreiben: Verlegung des „Reichsrechtstages“.
72. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 99, Rundschreiben der Gauleitung vom 30.3.1939.
73. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 110, Rundschreiben der Gauleitung vom 25.4.1939.
74. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 106, Schreiben der Gaubehörde vom 15.4.1939.
75. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 101-105, 114 -120, Umlauflisten der Behörden und Ortsgruppen.
76. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 111, Schreiben des Gaugeschäftsführers vom 27.4.1939.
77. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 158, Schreiben der Kreisgruppe vom 14.5.1939.
78. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 167-168 u. 175, Teilnehmerausweise für den „Tag des deutschen Rechts“.
79. StA DT, L 113, Nr. 1120, Bl. 81, Rundschreiben des Gauorganisationsleiters Wiemann vom 14.8.1936.
80. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 40, Protokoll der Monatspflichtversammlung vom 11.11.1936.
81. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 20, Protokoll der Monatspflichtversammlung vom 7.9.1935.
82. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 32, Vortragsthema der Versammlung vom 17. Juni 1936.
83. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 29, Vortragsthema der Versammlung vom 18. März 1936.

84. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 2, Protokoll der Versammlung vom 16. Februar 1934.
85. Vgl. den Beitrag von Ernst Siemer in : Detmold in der Nachkriegszeit, Bielefeld 1994, S. 251 ff..
86. Nachlaß Else Oppermann, Brief von Else Oppermann vom 18.3.1946 „über den Herrn Landespräsident Drake“ an die Militärregierung.
87. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 27, Schreiben der Abwicklungsstelle für die alten Verbände vom 9.8.1937.
88. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 23, Schreiben Oppermanns an den RDB vom 6.9.1937.
89. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 50, Schreiben Kösterings an Oppermann vom 12.3.1937.
90. StA DT, L 113 IV 20; vgl. auch: Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933 – Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 130.
91. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 10.
92. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 69 u. 74.
93. StA DT, L 113, Nr. 1117, Bl. 3, Schreiben vom 27.6.1939 an den Gauamtsleiter Steinecke.
94. Nachlaß Else Oppermann, Schreiben Else Oppermanns vom 18.3.1946 an die Militärregierung; Eidesstattliche Erklärung vom 16.9.1948: Oberregierungsrat Vollpracht.
95. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 41, Schreiben vom 29.7.1936 an die Gaugeschäftsstelle.
96. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 46, Schreiben vom 18.1.1935 an Gauführer Dr. Siebeth.
97. StA DT, L 113, Nr. 1117, Bl. 14, Grußadresse zum Jahreswechsel.
98. StA DT, L 113, Nr. 739, Bl. 41-43; StA DT, L 113, Nr. 745, Bl. 94-101, Beleidigungssache Dr. Oppermann ./ Bürgermeister Keller.
99. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 316 u. 320, Stellungnahmen vom 21. 9 und 7.10.1938.
100. StA DT, L 113, Nr. 1110, Bl. 84 u. 86, Stellungnahmen zum Fall des NSRB-Mitgliedes N.
101. StA DT, L 113, Nr. 1117, Bl. 49, Verfügung des Oberschulrates Wollenhaupt.
102. StA DT, L 113, Nr. 1117, Bl. 43, Abänderung der Verfügung vom 27.7.1938.
103. StA DT, D 99 Nr. 1430, Personalakte Oppermann, Schreiben des Sonderbeauftragten vom 28.2.1951.
104. StA DT, D 99 Nr. 1430, Personalakte Oppermann, Schreiben des Regierungspräsidiums vom 20.2.1951.
105. Vgl. hierzu: Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe, Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde Bd. 60 (1991), S. 204.
106. Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe...(vgl. hierzu Anm. 105), S. 216 mit Verweis auf: Hans-Jürgen Sengotta, Der Reichsstatthalter und politische Praxis, Detmold 1976, S. 151.